Archiv für Sozialgeschichte
FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Henrik Bispinck, Bildungsbürger in Demokratie und Diktatur. Lehrer an höheren Schulen in Mecklenburg 1918 bis 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 79), Oldenbourg Verlag, München 2011, 358 S., geb., 44,80 €.

An Untersuchungen zur Geschichte des Lehrerberufs mangelt es für das 20. Jahrhundert nicht. In erster Linie aber haben sich für das Thema Erziehungswissenschaftler und Soziologen interessiert und sich dabei besonders mit Preußen beschäftigt. Die Aufmerksamkeit der Historiker blieb dagegen eher mäßig, wenn man von fachdidaktischen Studien über die Gruppe der Geschichtslehrer einmal absieht. Henrik Bispinck geht in seiner Dissertationsschrift nun davon aus, dass Kontinuitäten und Veränderungen des Bildungsbürgertums besonders gut an den akademisch gebildeten Lehrern höherer Schulen und in der Region zu untersuchen sind. Er reagiert damit auch insofern auf einen Nachholbedarf der Geschichtswissenschaft, die die verbreitete These zur Fortexistenz des Bürgertums im 20. Jahrhunderts bislang kaum mit einer entsprechenden Fülle an empirischen Studien unterfüttern kann.

Im Längsschnitt werden die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus und als Fluchtpunkte die Sowjetische Besatzungszone und die frühe DDR bis zum Beginn der 1960er Jahre behandelt. Der Autor will so „die systemübergreifenden und gesellschaftlichen Traditionsüberhänge“ (S. 7) unter den Lehrern an höheren Schulen dingfest machen. Es geht um ihr Standesbewusstsein und ihr berufliches Selbstverständnis, welche auf sehr gegensätzliche Herrschaftsansprüche in der politischen Systemabfolge trafen. Sie werden daher nicht nur als staatliche Angestellte mit einem Erziehungsauftrag betrachtet, die die jeweils vorgegebenen Unterrichtsinhalte zu vermitteln hatten. Henrik Bispinck geht auch von einer relativen Autonomie in der Berufsausübung aus, denn es habe sich weder die Unterrichtpraxis im Klassenzimmer vollständig bürokratisch kontrollieren lassen, noch hätten die akademisch gebildeten Lehrer auf ihr bildungsbürgerliches Prestige verzichtet. Dazu zählt er den Anspruch auf eine angemessene staatliche Alimentierung, die Abgrenzung gegenüber den Volksschullehrern sowie die Auffassung von der Wissenschaftlichkeit und Autonomie ihres Unterrichts.

An diesen Kriterien ausgerichtet, wird die Ablehnung einer von den Weimarer Parteien erstmals in die Diskussion gebrachten Einheitsschulkonzeption verständlich, die mit der Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems und der Verbesserung der Bildungschancen für Volks- und Mittelschüler die herausgehobene Position des humanistischen Gymnasiums geschmälert hätte. Als Ausdruck einer Deklassierungsangst werden außerdem die anhaltende Sorge um Besoldungs-, Aufstiegs- und Arbeitszeitregelungen beschrieben.

Nach 1933 seien die Lehrer und Schulleitungen unterschiedlich mit dem Druck zur Anpassung an das NS-Regime umgegangen. Ein leitendes Motiv sieht Bispinck jedoch in dem Bestreben von Schulleitungen „Unruhe vom Schul- und Unterrichtsbetrieb möglichst fernzuhalten“ (S. 135). Dass von den in Mecklenburg 1945 erfassten 687 Oberschullehrern zwei Drittel der NSDAP angehört hatten, diese aber nicht ohne Weiteres durch Neulehrer zu ersetzen waren, beeinflusste schließlich die Entnazifizierungsverfahren. Bispinck schätzt, dass nach 1945 ungefähr die Hälfte der Oberschullehrer ausgewechselt wurde. Hinter der auf dem Papier 1946 in der SBZ eingeführten Einheitsschule habe sich zudem weiter ein differenziertes Schulsystem verborgen, das den elitären Charakter der höheren Schule zunächst fortgeschrieben habe.

Auf der regionalen Ebene Mecklenburg(-Schwerin)s, das für den überwiegenden Teil der Untersuchung eine eigenständige politische Einheit gewesen war, werden Schulverwaltung und schulpolitische Maßnahmen untersucht sowie die Lehrerreaktionen, die über die berufsständischen Verbände und Massenorganisationen erfasst werden. Zur Region treten außerdem auf lokaler Ebene zwei städtische Gymnasien beziehungsweise Oberschulen in Schwerin und Rostock. Hier werden die Schulwirk-

© Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes.de/ | ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE: http://www.fes.de/afs | E-Mail: afs[at]fes.de | 25.10.2012

lichkeit und namentlich die personellen Kontinuitäten aufgezeigt: Ein Teil des Lehrerkollegiums aus den 1920er Jahren habe an diesen Schulen bis weit in die 1950er Jahre unterrichtet.

Die Analyse setzt mit monarchistischen Kundgebungen der Schüler ein und den milden Reaktionen der Schulleitung. Im Nationalsozialismus seien an beiden Gymnasien sämtliche Lehrer Mitglieder des Nationalsozialistischen Lehrerbunds (NSLB) sowie weiterer NS-Organisationen gewesen. Auch wenn sich Einblicke in den Unterrichtsalltag und tatsächliche Affinitäten zur nationalsozialistischen Ideologie quellenmäßig schwer fassen lassen, gelingt es dem Autor auch hier politische Haltungen in Einzelfällen zu ermitteln: So in der Auseinandersetzung um das Tragen von Schülermützen, die außerhalb der identitätsstiftenden NS-Symbolik standen und die daher von der NSDAP als Provokation aufgefasst wurden.

Dass die Schulinspektoren in der SBZ die Wissenschaftlichkeit des Unterrichts anerkannten, sei dem Selbstverständnis der Oberschullehrer als unterrichtende Fachwissenschaftler nach 1945 ebenso entgegengekommen wie die Verpflichtung auf die Sowjetpädagogik, die in Abkehr von der schülerorientierten Weimarer Reformpädagogik die führende Rolle des Lehrers im Unterricht proklamierte. Andererseits wird gezeigt, wie die SED mit Oberschulrevisionen 1949/50 die Durchsetzung ihrer sozialistischen Erziehungsideale flankierte. Dass deren Implementierung im Schulalltag auf Widerstand bei Lehrern, Schülern und Eltern stieß, der sich nicht einfach überwinden ließ, wird an mehreren Beispielen konkretisiert. Auch in der Diskrepanz zwischen äußerer und innerer Haltung von Lehrern sieht der Autor ein Indiz für die begrenzte Reichweite der SED-Schulpolitik in den frühen 1950er Jahren. Erst als sich für viele Altlehrer in der DDR die beruflichen Bedingungen so verschlechterten, dass sie politische Eingriffe, eine Versetzung oder den Entzug einzelner Unterrichtsfächer nicht mehr hätten umgehen können, sei die Flucht in die Bundesrepublik zu einem allgemein gewählten Ausweg geworden. Der Schritt in den westdeutschen Teilstaat, wo das höhere Schulwesen restauriert worden war, wird vor diesem Hintergrund auch als „ein Akt (bildungs-)bürgerlicher Selbstbehauptung“ (S. 326) gewertet.

Insgesamt folgt der Autor einem innerfachlichen Konsens, der „das Verhältnis von politischer Herrschaft und Gesellschaft nicht als lineares Verhältnis von Steuerung und Umsetzung“ (S. 7) versteht. Die Studie zeigt, dass die Lehrer an höheren Schulen als bildungsbürgerliche Berufsgruppe ein hohes Maß an Beharrungskraft besaßen und bei der Instrumentalisierung von Unterricht als retardierender und zum Teil herrschaftsbegrenzender Faktor wirkten. Dass dies mit einer größeren Tiefenschärfe für die SBZ und die frühe DDR erörtert wird, hängt zum einen mit der Quellenlage für die Weimarer Republik und die NS-Zeit zusammen, zum anderen mit der umfassenden Umgestaltung des höheren Schulwesens nach 1945. Henrik Bispincks lesenswerte Studie relativiert jedoch die Diagnose einer „abrupten sozialen Revolutionierung“ (Ralph Jessen), von der die Forschung für die Lehrer an allgemeinbildenden Schulen im Gegensatz zu den Hochschullehrern bislang ausgegangen ist.

Anke John, Jena

Zitierempfehlung:

Anke John: Rezension von: Henrik Bispinck, Bildungsbürger in Demokratie und Diktatur. Lehrer an höheren Schulen in Mecklenburg 1918 bis 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 79), Oldenbourg Verlag, München 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53, 2013, URL: <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81394> [25.10.2012].

© Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes.de/ | ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE: http://www.fes.de/afs | E-Mail: afs[at]fes.de | 25.10.2012